



Detailansicht des Registereintrags

Katholisches Forum "Leben in der Illegalität"

Aktuell seit 01.07.2025 15:16:14

Netzwerk katholischer Organisationen

Registernummer:	R002779
Ersteintrag:	03.03.2022
Letzte Änderung:	01.07.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	01.07.2025
Tätigkeitskategorie:	Plattform, Netzwerk, Interessengemeinschaft, Denkfabrik, Initiative, Aktionsbündnis o. ä.
Kontaktdaten:	Adresse: Reinhardtstraße 13 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4903028444732 E-Mail-Adressen: info@forum-illegalitaet.de Webseiten: https://forum-illegalitaet.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Sonstiges, Mitgliedsbeiträge, Öffentliche Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,10

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Diplom-Sozialpädagogin Martina Liebsch**

Funktion: Geschäftsführerin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (1):**1. Diplom-Sozialpädagogin Martina Liebsch****Gesamtzahl der Mitglieder:**

5 Mitglieder am 30.06.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (4):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Gesundheitsversorgung; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Migration

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Das Katholische Forum Leben in der Illegalität ist ein Zusammenschluss folgender katholischer Organisationen: Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Deutscher Caritasverband e.V., Jesuiten-Flüchtlingsdienst, Katholische Arbeitsgemeinschaft Migration, Malteser Hilfsdienst e.V.. Er tritt seit seiner Gründung im Jahr 2004 dafür ein, dass Menschen ohne Aufenthaltsstatus ihre grundlegenden sozialen Rechte in Anspruch nehmen können. Die Mitglieder des Forums bekräftigen das Recht des Staates, aufenthaltsrechtliche Regelungen zu treffen, verstehen sich aber als Anwalt der Menschenrechte. In diesem Sinne finden Gespräche mit Bundestagsabgeordneten und Vertretern der Regierung um für die Rechte von Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität statt sowie Vernetzung und Partnerschaften mit Organisationen, die zu dem gleichen Thema arbeiten.

Konkrete Regelungsvorhaben (1)

1. Einschränkung der Übermittlungspflicht für Menschen ohne Aufenthaltstitel**Beschreibung:**

Für Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität gilt das Menschenrecht auf Gesundheit. Sie haben einen Anspruch auf Hilfen gemäß § 4 AsylbLG, und § 6 Abs. 1 AsylbLG. Für die Gewährung dieser Leistungen sind die Sozialämter zuständig. Diese sind gemäß § 87 Abs. 2 AufenthG verpflichtet, die Ausländerbehörden zu informieren, wenn sie Kenntnis vom Aufenthalt eines Ausländers ohne Aufenthaltstitel erlangen und dessen Abschiebung nicht ausgesetzt ist. Aufgrund dieser Übermittlungspflicht vermeiden Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität aus Angst vor einer Abschiebung

Arztbesuche und gehen nur im Notfall zum Arzt oder ins Krankenhaus. Dies kann zu erheblichen Gefahren für die Betroffenen führen bzw. die stationären Kosten sind ungleich höher als bei rechtzeitiger Behandlung.

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406270229 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. **European Research Executive Agency**

Europäische Union

Brüssel

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Engagement Partner in einem EU-geförderten Forschungsprojekt zu Lebens- und Arbeitsbedingungen von irregularisierten Migranten, I-Claim "Improving the Living and Labour Conditions of Irregularised Migrant Households in Europe". Es nehmen insgesamt 6 EU-Länder teil, jeweils mit einem zivilgesellschaftlichen Partner und einer Universität.

Dem Consortium gehören die Universitäten Utrecht, Birmingham,

Helsinki, Ca' Foscari Venedig, Warschau und die Katholische Hochschule Mainz.

Das Centre for European Policy Studies (CEPS), ein Think-Tank mit Expertise in der EU- und internationalen Politikforschung, fungiert als Brücke zwischen Forschung und Wissensaustausch.

Auf Länderebene sind die nationalen zivilgesellschaftlichen Partner für Wirkung und Engagement von zentraler

Bedeutung. Für Deutschland ist das Katholische Forum Leben in der Illegalität der

zivilgesellschaftliche Partner. Das Projekt hat am 01. April 2023 begonnen und hat eine Laufzeit von 3 Jahren. <https://i-claim.eu/>

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro